

**Auskünfte:** Ing. Bernd Welte, T +43 5574 4951 52226, 4. Stock, Zimmer Nr 417

Zahl: BHBR-II-7101-10/2024-7

Bregenz, am 18.10.2024

## KUND MACHUNG

Das Geologiebüro Kempf, Andelsbuch, Buchen 3, hat im Namen und Auftrag von Günter Wouk, Bizau, Oberdorf 18, mit Eingabe vom 16.10.2024 um Erteilung der Genehmigung nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 für die Errichtung und den Betrieb der Bodenaushubdeponie "Schneppfegg" mit einem 9.900 m<sup>3</sup> umfassenden Deponiekörper auf Gst 2522, KG Bizau, angesucht.

Der maßgebliche Sachverhalt ergibt sich aus den Plan- und Beschreibungsunterlagen des Geologiebüro Kempf vom Oktober 2024.

Für den vorliegenden Antrag auf Erteilung der Genehmigung nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002) ist gemäß § 38 Abs 6 leg cit im Hinblick auf Behandlungsanlagen der Landeshauptmann zuständige Behörde erster Instanz. Das Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung IVe – Umwelt- und Klimaschutz, Fachbereich Abfallwirtschaft, hat am 13.06.2024 die Bezirkshauptmannschaft Bregenz gemäß § 38 Abs 6a AWG 2002 mit der gänzlichen Durchführung des Verfahrens sowie mit der Vollziehung der §§ 57 - 64 AWG 2002 betraut und ermächtigt, im eigenen Namen zu entscheiden.

Aus dem Genehmigungsansuchen und den beigeschlossenen Plan- und Beschreibungsunterlagen ergibt sich, dass die zur Genehmigung beantragte Errichtung und der Betrieb der genannten Behandlungsanlage gemäß § 37 Abs 3 AWG 2002 dem vereinfachten Verfahren im Sinne des § 50 AWG 2002 zu unterziehen ist.

Gemäß § 50 Abs 2 AWG 2002 hat die Behörde einen Antrag für eine Genehmigung gemäß § 37 Abs 3 vier Wochen aufzulegen. Die Auflage ist in geeigneter Weise, wie Anschlag in der Standortgemeinde oder Veröffentlichung auf der Internetseite der Behörde, bekannt zu geben. Die Nachbarn können innerhalb der Auflagefrist Einsicht nehmen und sich zum geplanten Projekt äußern. Die Behörde hat bei der Genehmigung auf die eingelangten Äußerungen Bedacht zu nehmen.

Parteistellung im vereinfachten Verfahren hat der Antragsteller, derjenige, der zu einer Duldung verpflichtet werden soll, das Arbeitsinspektorat gemäß dem Arbeitsinspektionsgesetz 1993, das wasserwirtschaftliche Planungsorgan in Wahrnehmung seiner Aufgaben und der Umweltschutz

mit dem Recht, die Einhaltung von naturschutzrechtlichen Vorschriften und hinsichtlich der Verfahren gemäß § 37 Abs 3 Z 2 - 4 die Wahrung der öffentlichen Interessen gemäß § 1 Abs 3 Z 1 - 4 im vereinfachten Verfahren geltend zu machen. Dem Umweltschutzanwalt wird das Recht eingeräumt, Rechtsmittel zu ergreifen, einschließlich Beschwerde an das Verwaltungsgericht sowie Revision an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.

Die Projektunterlagen liegen bis zum 11. November 2024

- bei der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, 4. Stock, Zimmer Nr 417, und
- beim Gemeindeamt Bizau

zur Einsicht auf.

Die Nachbarn haben Gelegenheit, innerhalb dieser Frist von ihrem Anhörungsrecht durch die Abgabe einer Stellungnahme Gebrauch zu machen.

Der Bezirkshauptmann  
im Auftrag

Ing. Bernd Welte

**Hinweis:** Die Entfernung oder Beschädigung der Kundmachung vor dem Verhandlungstermin ist gemäß § 273 StGB verboten!

Ergeht an:

1. Günter Wouk, Winkel 18, 6874 Bizau, E-Mail: wouk@vol.at
2. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Wasserwirtschaft (VIId), Intern, zH des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes
3. Arbeitsinspektorat für den 15. Aufsichtsbezirk (Vorarlberg), Rheinstraße 57, 6900 Bregenz, E-Mail: vorarlberg@arbeitsinspektion.gv.at
4. Naturschutzanwaltschaft für Vorarlberg, Jahngasse 9, 6850 Dornbirn, E-Mail: office@naturschutzanwalt.at
5. Gemeinde Bizau, Kirchdorf 340, 6874 Bizau, E-Mail: gemeindeamt.bizau@cnv.at
6. Walter Rüf, Winkel 308, 6874 Bizau
7. Barbara Böhler, Kirchdorf 280, 6874 Bizau
8. Mag. iur. Dr. iur. Gabriele Susanne Meusburger-Hammerer, Wiesenweg 8a, 6922 Wolfurt, E-Mail: gabriele.meusburger@twp.at